

# sozialdemokratischer pressediens

P/XXVII/123  
16. Juni 1972

Die Lehren aus dem Münchner Erfolg

-----  
Grundvoraussetzung: Vertrauen in die Politiker  
der SPD

Von Georg Kronawitter  
Oberbürgermeister der bayerischen Landes-  
hauptstadt

Seite 1 und 2 / 74 Zeilen

Ziel: EWG-Integration der Entwicklungspolitik

-----  
Bis dahin weniger Pläne und mehr praktische  
Maßnahmen

Von Alwin Brück MdB  
Vorsitzender des Bundestagsausschusses für  
wirtschaftliche Zusammenarbeit

Seite 3 und 4 / 66 Zeilen

Experimentalziel: Fusionskraftwerke

-----  
Überwindung der Nachteile der Kettenreaktoren

Seite 5 und 6 / 54 Zeilen

## Die Lehren aus dem Münchner Erfolg

Grundvoraussetzung: Vertrauen in die Politiker der SPD

Von Georg Kronawitter

Oberbürgermeister der bayerischen Landeshauptstadt

Am 11. Juni haben alle wie gebannt nach München gestarrt. Wie werden die Sozialdemokraten und ihr Kandidat in der Landeshauptstadt aus den Wahlen hervorgehen? Das war die Frage.

Die Voraussetzungen schienen für die SPD und ihren Kandidaten außergewöhnlich ungünstig zu sein: 1/ über zwei Jahre hinweg waren heftige innerparteiliche Auseinandersetzungen offen ausgetragen worden; 2/ zwei Monate vor der Wahl war Oberbürgermeister Dr. Hans-Jochen Vogel im Parteivorstand abgelöst worden; 3/ sechs Oberbürgermeisterkandidaten gingen an den Start; und 4/ schließlich trat auch noch ein "sozialer Demokrat" wichtigtuerisch auf und täuschte vor, daß er sich aus Sorge um Münchens Sozialdemokraten bewerben müßte; die ihm zur Verfügung stehenden Geldmittel schienen unerschöpflich zu sein.

Viele erwarteten unter diesen widrigen Umständen einen Sieg der Konservativen. Am Wahlsonntag waren dann Freund und Feind überrascht von dem klaren Sieg der SPD in München.

Dieser beachtliche Erfolg war kein Geschenk des Himmels. Es basiert auf der großen Aufbauleistung und dem Ansehen von Oberbürgermeister Dr. Vogel und der Sozialdemokraten. Er wurde möglich durch den unermüdlischen Einsatz der gesamten Organisation, der sich bis zum letzten Tag steigerte. Dieser Sieg wurde erkämpft und für mich entschieden in unserer Fußgängerzone zwischen Stachus und Marienplatz, die täglich bis zu 300.000 Bürger passieren. Dort stand ich über Monate hinweg Tag für Tag mit dem Megaphon. Ich kam zu unseren Bürgern auf die Straße, weil sie nicht mehr gerne zu uns in die Versammlungen kommen. Ich stellte mich vor und war bereit, die Sorgen und Probleme der Münchner zu hören und sachlich mit ihnen zu diskutieren. Rund 200.000 Münchnerinnen und Münchner konnten ihren SPD-Kandidaten wenigstens kurz sehen und kennenlernen. Dazu kam die günstige politische Großwet-

terlage in Bonn, die unsere internen Auseinandersetzungen überdeckt hat.

Der Wahlerfolg der Münchner SPD hat aber auch folgendes deutlich gemacht: 1/ Unsere Bürger wollen Politik, nicht Panikmache; Beschimpfungen des politischen Gegners und Hetze allein reichen für einen Erfolg nicht aus; klare politische Aussagen, die Tatsachen aufzeigen und niemandem nach dem Mund reden, werden mehr und mehr geschätzt; 2/ Splittergruppen haben keine Chance; unsere Bürger erkennen, daß die kommunalen Wahlvereine (in München neun an der Zahl!) vorwiegend Gruppeninteressen wahrnehmen und ihre Vertreter mehr sich selbst und ihren Geldgebern verpflichtet sind, als dem Wohl aller Bürger; 3/ politische Amokläufer können auch mit größtem Kapitaleinsatz nichts mehr aus- oder anrichten; Offenheit und Redlichkeit zählen mehr als Kumpanei und politische Lumperei; das ist erfreulich; und 4/ wer Mehrheiten gewinnen will, muß die Interessen der Mehrheit unserer Bürger auch vertreten und sie kämpferisch klar machen.

Die Münchner SPD hat dies getan. An nachprüfbaren Beispielen hat sie Interessengegensätze offengelegt und bewiesen: 1/ Wir Sozialdemokraten vertreten die Interessen der Mieter und nicht die Interessen der Makler oder der großen Miethausbesitzer; 2/ wir Sozialdemokraten vertreten die Interessen der Wohnbevölkerung und nicht die Interessen der Bodenzaren à la Baron Finck; und 3/ vertreten wir Sozialdemokraten die Interessen der Arbeitnehmer und nicht die Interessen der Großunternehmer oder einzelner Finanzstarker.

Für uns kommt die Menschlichkeit vor der Rendite. Diese Interessenkonflikte in unserer Gesellschaft und die Vertretung der unterschiedlichen Interessen durch die einzelnen Parteien gilt es aufzudecken und den Bürgern bewusst zu machen.

Der Wahlerfolg in München hat aber auch gezeigt: Eine Grundvoraussetzung für den Erfolg ist das Vertrauen der Bevölkerung in die Frauen und Männer unserer Partei, die das Programm nach außen hin führend vertreten. Dieses Vertrauen darf nie leichtfertig verspielt werden. Radikales Geschrei und extremistische Forderungen verschrecken die Bürger und treiben sie nach rechts. Deshalb bleibt uns nur eines: Eine Politik des Augenmaßes und der Vernunft. Dafür wird es auch in Zukunft in München sichere Mehrheiten geben.

(-/ex/16.6.1972/hgy)

+ + +

Ziel: EWG-Integration der Entwicklungspolitik

Bis dahin weniger Pläne und mehr praktische Maßnahmen

Von Alwin Brück MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses  
für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Das Verhältnis der Europäischen Gemeinschaft zu den Entwicklungsländern war seit Gründung der EWG nicht frei von historischen Belastungen. Mehrere Mitgliedstaaten waren zum Zeitpunkt der Gründung noch Kolonialmächte und setzten in der Folge durch, daß die ehemaligen Kolonien auch nach der Unabhängigkeitserklärung in ein besonders enges Verhältnis zur Gemeinschaft traten. Lange Zeit konnte man den Eindruck haben, als diene die Assoziierung dieser Gruppe von Entwicklungsländern an die Europäische Gemeinschaft in erster Linie der Aufrechterhaltung besonderer Beziehungen zwischen diesen Ländern und ihren ehemaligen Kolonialherren.

Durch Assoziierung von Staaten, die nicht Kolonien von Mitgliedsstaaten waren, und durch das Präferenzsystem für alle Entwicklungsländer, das im letzten Jahr in Kraft getreten ist, hat die Gemeinschaft den engen Rahmen von einst gesprengt und sich dem Gesamtproblem zugewandt. Die einzelnen Mitgliedsstaaten sind unabhängig davon bereits in der Vergangenheit entwicklungspolitisch weltweit tätig gewesen, allerdings nahezu ohne jede Abstimmung innerhalb der Gemeinschaft.

Im Herbst des vergangenen Jahres hat die Europäische Kommission in einem Memorandum versucht, die Entwicklungspolitik der Gemeinschaft auf eine neue Basis zu stellen. Nachdem die Bundesregierung dazu Stellung genommen und der mitberatende Haushaltsausschuß des Bundestages seine Meinung geäußert hatte, wurde jetzt vom Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Verabschiedung einer Entschließung abschließend dazu Stellung genommen.

Eine umfassende gegenseitige Konsultation aller Mitgliedstaaten und der Organe der Gemeinschaft über die jeweiligen Maßnahmen im

Bereich der Entwicklungspolitik ist dringend erforderlich, wenn in Zukunft Überschneidungen vermieden und die Effektivität der Hilfe erhöht werden soll. Der Schritt von der Konsultation zur Koordinierung aller Entwicklungshilfemaßnahmen dürfte dann nicht allzu groß sein, vorausgesetzt, daß der politische Wille dazu bei allen Partnern vorhanden ist. In der Bundesrepublik wird es an diesem politischen Willen nicht fehlen, das geht aus den Erklärungen der Bundesregierung und der sie tragenden Parteien unzweideutig hervor.

Eine Integration der Entwicklungspolitik in der Gemeinschaft, die aus europäischen wie auch aus entwicklungspolitischen Gründen anzustreben ist, wird sich allerdings nicht ohne eine gemeinsame Konzeption erreichen lassen. Sie wird sich in ihrem Tempo unvermeidlich an den Fortschritten in der gemeinschaftlichen Wirtschafts-, Finanz- und Währungspolitik orientieren müssen, mit der die Entwicklungspolitik ihrer Natur nach eng verbunden ist.

Es wäre sicherlich falsch, gerade auf diesem Gebiet euphorische Vorstellungen zu nähren, wozu einige Vertreter der "Unions"-Parteien offensichtlich neigen. Eine echte Europäisierung der Entwicklungshilfe, das heißt die Übertragung von immer mehr entwicklungspolitischen Zuständigkeiten auf die Organe der Gemeinschaft ist überhaupt nur denkbar, wenn zuvor ein verstärktes Kontrollrecht des Europäischen Parlaments sichergestellt ist. Dem demokratischen Selbstverständnis würde es widersprechen, sollten weitere Bereiche der nationalen parlamentarischen Kontrolle entzogen werden, ohne daß an deren Stelle die Kontrolle durch das Europäische Parlament träte.

Solange dies nicht zu erreichen ist, ist es müßig, umfangreiche Stufenpläne womöglich noch mit fixierten Terminen zu entwerfen. Stattdessen sollte man sich darauf konzentrieren, praktische Maßnahmen zu verwirklichen, wie sie etwa auch von der Europäischen Kommission vorgeschlagen worden sind. Einer Ausweitung des Präferenzsystems auf Waren, bei denen ein echtes Konkurrenzverhältnis besteht, kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Auf das engste damit verbunden ist die Bereitschaft der europäischen Industriestaaten, an einer verstärkten internationalen Arbeitsteilung mitzuwirken und die dazu notwendigen Strukturveränderungen in ihren Volkswirtschaften in Angriff zu nehmen.

(-/ex/16.6.1972/xs)

+ + +

Experimentalziel: Fusionskraftwerke

Überwindung der Nachteile der Kettenreaktoren

In der Bundesrepublik sind gegenwärtig 21 Kernkraftwerke zur Erzeugung elektrischer Energie in Betrieb, in Bau oder projektiert. Als Größenklasse hat man eine installierte Leistung von etwa 1.300 Megawatt erreicht und steuert nunmehr, auch um Lohnerhöhungen und Kostendruck abzufangen, auf die 3.000 Megawatt-Marke zu.

Erst kürzlich hatte Prof. Dr. Wolf Häfele vom Kernforschungszentrum in Karlsruhe auf der internationalen Reaktortagung in Hamburg einen interessanten Seitenaspekt der Kernkraftwerke berührt. Es werde wahrscheinlich möglich werden, von der Abwärme der Kernkraftwerke die Flußmündungen und Meereszonen so zu erwärmen, daß man dort Fischfarmen errichten könne und so zu einer rentablen Deckung der Eiweißlücke in der menschlichen Ernährung komme.

Zu diesem Punkt haben sich aber eine Reihe anderer Fachleute inzwischen mit Protesten gemeldet. Sie sehen eine Verseuchung der Gewässer voraus und fürchten, daß es durch die Überhitzung zu schiffahrtsbehindernden Nebelbildungen und übermäßigem Pflanzenwuchs im Meer kommen könnte. Sie sind der Auffassung, daß die Behörden mit noch schärferen Sicherheitsbestimmungen gegen den Bau von Kernkraftwerken angehen sollten. Hier aber fürchten wiederum die großen Energiegesellschaften nachteilige Verzögerungen beim Bau der Kernkraftwerke, wodurch die Deckung des Kernkraftstrombedarfs gefährdet werden könnte.

Diese mögliche Deckungslücke dürfte aber, wenn überhaupt,

erst gegen 1980 eintreten. Zu diesem Zeitpunkt wiederum planen die Experten eine neue Generation in der Form von Hochtemperaturreaktoren und schnellen Brütern. Auf alle Fälle wird durch diese weiterentwickelte Technologie der Bedarf an Kraftstrom noch schneller gedeckt werden können als durch die Kernkraftwerke der ersten und zweiten Generation. Allerdings, die Befürchtungen der Umweltschützer werden auch durch die schon im Versuchsstadium befindlichen kommenden Reaktortypen nicht gedämpft.

Inzwischen aber bietet sich eine völlig neue Form der Kraftstromversorgung an. In den Vereinigten Staaten und in der Sowjetunion hat man sich in den Labors bereits den kontinuierlichen Miniexplosionen zugewandt. Schwerwasserstoffteilchen in Plasmaform werden in eine Vakuumkammer eingeführt und im Rhythmus von Zehntelsekunden zertrümmert und in Explosionshitze versetzt. Diese Hitze wird dann zur Dampferzeugung in den Generator abgeleitet, der den elektrischen Strom erzeugt. Auch in der Bundesrepublik sind erste Experimente dieser Art in Vorbereitung.

Im Kern läuft es darauf hinaus, daß wir in etwa 20 oder 30 Jahren sogenannte Fusionskraftwerke besitzen werden, die so gut wie keine atomaren Abfälle oder Strahlungen hinterlassen und wesentlich rentabler arbeiten als die heutigen auf Kettenreaktionen beruhenden Atomkraftwerke. Die Sowjets und die Amerikaner wollen bereits 1975 die ersten Großkraftwerke auf der Basis der Kernfusion in die Konstruktion geben. Sicher werden wir dann vor anderen Problemen stehen, aber die Sorgen der Umweltschützer von heute werden weitgehend ausgeräumt sein.

Wolf Hansen  
(-/ex/16.6.1972/bgy)

- 
- \* \* Die "Union" und die Funkhäuser
  - \* \* In diesem Artikel vom 15. Juni sind uns leider folgende Pflichtigkeitsfehler unterlaufen:
  - \* \* 1/ Auf Seite 6/7. Zeile von oben muß es heißen: " Gastarbeiter mit der Ankündigung zu verhindern,..."; 2/ Auf der 7. Seite vor
  - \* \* letzte Zeile muß es heißen: "... Leer- und Tarnformeln,...".